

verbraucht. In
terre della Gera
er. 8000 Dollen
30 Millionen Lire

Bei Benedensteins
Großbauern aus
der Zeit von Rothe.
ergeschossen. Beide
Schmid Busse aus
der Beteiligten er-

Für den gesamten
Lichtenstein-Gallnberg

Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Gallnberg, Höhndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien,
Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruhlschnappel und Tirsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugs-
preis: 4,75 Pf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung
14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Post-
anstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die schrägpalierte Grundseite wird mit 75 Pf., für auswärtige
Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amlichen Teile kostet die drei
gespaltene Seite 1,75, für auswärtige 200 Pf. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr
Bernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: "Tageblatt". Postfachkonto Leipzig 86697

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein-Gallnberg.

Amtliches Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 131

Mittwoch, den 9. Juni 1920

70. Jahrgang

Die Wasserleitung für den Ortsteil Gallnberg
bleibt wegen Reinigung

Donnerstag, den 10. Juni 1920,

gesperrt.

Lichtenstein-Gallnberg, am 8. Juni 1920.

Der Stadtrat.

Wasserwerks-Beratung.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Das sächsische Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 7. Juni dem Entwurf eines Gesetzes über die Beleidigung der Gemeindebeamten zugestimmt.

* Die englische Admiralität bietet in den Blättern eine Auswahl von früheren deutschen U-Booten zum Verkauf auf Auktion unter Kontrolle an. Die U-Boote liegen in Harwich, Chatham, Portsmouth und Devonport. Erwartete Stückzahrschätzungen können Einzelheiten von dem Department für Flottenkontrolle erhalten.

* Auf der Wolfganggrube bei Beuthen in Oberschlesien verunglüchteten durch Gasvergiftung zwei Bergarbeiter, ein Übersteiger, zwei Steiger und ein Oberhauer.

* Wie verlautet, hat die preußische Regierung die Absicht, möglichst der Neuwahlen im Reich die Arbeiten der Landesversammlung beizulegen zu lassen, um auch in Preußen bald Neuwahlen ausschreiben zu können.

* Der Ausfall der Reichstagswahl hat keinerlei bemerkenswerte Einwirkung auf die deutsche Wirtschaft in der Schweiz ausgeübt. Sowohl die Börse in Bern, als auch die Preisgestaltung der deutschen Reichsmark blieb so gut wie unverändert.

* Die Unwetterschäden im Kreise Mansfeld, über deren verheerende Folgen berichtet wurde, belaufen sich auf ungefähr 25 Millionen Mark.

* Wie wir hören, ist die Verordnung des Reichspräsidenten über die Gründung einer Reichswehr ammer heute vollzogen worden und wird demnächst veröffentlicht werden.

* In Deutschböhmen dauert der Generalstreik fort. Gestern früh kam es in Graz wegen der hohen Lebensmittelpreise zu schweren Ausschreitungen. Bei den Aufzugsführern wurden 6 Personen getötet, 8 schwer und zahlreiche leichter verletzt.

* In Südböhmen ist eine aufrührerische Bewegung ausgebrochen. Die Bergarbeiter der Goldminen haben ein Ultimatum gestellt, welches die Verstaatlichung der Goldgruben unverzüglich fordert, widrigfalls der Generalstreik erklärt werde.

* Südböhmen will sich für selbständig erklären.

Die neuen Stärkeverhältnisse der Parteien in Sachsen

(S.) Es am Montag noch ausstehende Abrechnung für den Wahlkreis Dresden-Bautzen ist am Dienstag vom Wahlkommissar folgendermaßen bekannt gegeben worden:

Sozialdemokraten 222 498 (465 530);

Deutsche Volkspartei 150 729 (69 869);

Unabhängige 163 813 (46 722);

Zentrum 13 849 (16 400);

Demokrat. Volkspartei 128 861 (120 544);

Demokraten 88 598 (168 028);

Sozialist. Volkspartei 5022 (—);

Kommunisten 8737 (—).

Hieraus ergibt sich unter Berücksichtigung der schon veröffentlichten Erträgen aus den Wahlbezirken Leipzig und Chemnitz, daß die Parteien in Sachsen insgesamt folgende Stimmenzahlen auf sich vereinigt:

Deutschationale Volkspartei 391 540, gegen 309 618 bei der Wahl zur Nationalversammlung;

Deutsche Volkspartei 436 094 gegen 96 859 im Vorjahr, wo die Partei nur im Wahlkreis Ostbach zu Kandidaten aufgestellt hatte;

Deutsche Demokratische Partei 217 850 gegen 534 370 im Vorjahr;

Zentrum 13 829 gegen 16 400;

Sozialdemokraten 563 068 gegen 1112 599;

Unabhängige 586 397 gegen 341 648;

Kommunisten 103 637 gegen 3627.

Es haben demnach an Stimmen verloren die Sozialdemokraten 549 581, die Demokraten 316 590, beide Re-

gierungsparteien zusammen 816 050 Stimmen. Bei den Sozialdemokraten beträgt der Verlust annähernd 50 Prozent, bei den Demokraten 60 Prozent.

Gevennen haben die Deutschnationalen 31 922 und die Deutsche Volkspartei 330 180, beide Rechtsparteien zusammen 421 102 Stimmen. Die Unabhängigen gewinnen 245 749 Stimmen. Das Zentrum brachte es, da es diesmal auch in den beiden westsächsischen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatte, auf insgesamt 18 907 Stimmen. Im Wahlkreis Ostbach hat es 2351 Stimmen verloren. Die Kommunisten, die im vorjährigen Jahr nur im Chemnitzer Wahlkreis, diesmal aber in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatten, riegen von 3 627 auf 163 637, gewannen also rund 100 000 Stimmen.

Sehr erheblich ist die Verschiebung, die im Thüringen zu den bürgerlichen Stimmen eingetreten ist. Während sich bei der vorjährigen Wahl 1547 874 sozialistische und 957 257 bürgerliche Stimmen gegenüberstanden, haben diesmal die Sozialisten (Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten) nur 1 232 102 Stimmen auf sich vereinigt, während die Bürgerlichen (Deutschationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Sozialist. Volkspartei) 1 069 248 Stimmen erhalten; es haben also die Stimmen der Sozialisten um 204 772 abgenommen, während sich die bürgerlichen Stimmen um 111 002 erhöhten.

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, wird bei den für Ostpreußen zu erwähnenden Neuwahlen für den sächsischen Landtag auch eine ganz wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung unseres sächsischen Parlaments sich ergeben. Wenn, wie dies vor verschiedenen Seiten gesagt wurde, die Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattgefunden hätten, dann würden, da für den Landtag auf 20 000 abgegebene Stimmen 1 Abgeordneten entfällt, die einzelnen Parteien in folgender Stärke in den Landtag eingezogen seien:

Deutschnat. Volkspartei 19 (bisch. 13),
Deutsche Volkspartei 21 (bisch. 4),
Demokraten 10 (bisch. 22),
Sozialdemokraten 28 (bisch. 42),
Unabhängige 29 (bisch. 15),
Kommunisten 5 (bisch. —).

Die bisherigen Regierungsparteien, Sozialdemokraten und Demokraten, die bisher über 62 Sitze verfügten würden nur noch deren 38 behaupten, also keine Mehrheit in der Volkskammer mehr besitzen haben, da von nun jetzt abgegebenen Stimmen 112 Abgeordnete in den Landtag eingesetzt sein würden, gegen 96 bisher. Um diese 112 Abgeordneten wären 50 Bürgerliche und 62 Sozialdemokraten, während sich in der gegenwärtigen Volkskammer 39 Bürgerliche und 57 Sozialisten gegenüberstehen.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

Berlin, 8. Juni. Nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen können bis 6 Uhr abends 363 Abgeordnete als gewählt gelten. In dieser Zahl sind auch die Abgeordneten der Nationalversammlung aus den Abstimmungsgebieten enthalten. Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien gestaltet sich folgendermaßen:

92 Sozialdemokraten,
66 Unabhängige,
1 Kommunist,
35 Demokraten,
51 Zentrum,
48 Deutsche Volkspartei,
46 Deutschationale Volkspartei, darunter
2 Thüringischer Bauernbund, 1 Hessischer Bauernbund und 3 Bayerische Mittelpartei.

Erster haben erhalten die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1, die Welfen 5, die Bayerische Volkspartei 12, der Bayerische Bauernbund 2, die Württembergische Bürgerpartei 1 und der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund 3 Sitze.

Unvollständig sind noch die Meldungen aus dem Wahlkreis Köln-Aachen und aus dem bayrischen Wahlkreis 28. Bemerkte sei, daß es sich um die Wahlergebnisse der einzelnen Kreise und der Wahlkreisverbände handelt. Nicht berücksichtigt ist die Verteilung der Reststimmen auf die Reichswahlvorschläge.

Ein weiter klareres, aber immer noch unvollständiges Bild, da einzelne Parteien ganz fehlen, gibt folgende Depesche:

Berlin, 9. Juni. (T. U.) Nach einer im Reichsministerium des Innern angestellten Berechnung wird sich der Reichstag aus 447 Abgeordneten zusammensetzen. Hierin sind die für die Abstimmungsgebiete gewählten Abgeordneten von Ostpreußen, Schleswig und Oberschlesien mit einberechnet. Auch die Reichskammer ist mit berücksichtigt. Auf die einzelnen Parteien verteilt sich die Zahl folgendermaßen: Mehrheitssozialdemokraten 109, Zentrum 66, Deutsche Demokraten 44, Unabhängige 76. Die bisherige Koalition erhält demnach 219, Deutschationale Volkspartei 62, Deutsche Volkspartei 60, Christliche Sozialistische Partei 2, Welfen 5, Bayrischer Bauernbund 3 Mandate.

Die Berliner Verhandlungen.

Berlin, 9. Juni. Der Zusammentritt des neuen Reichstages ist für den 23. Juni geplant, es kann aber auch der 24. und 25. Juni werden, da die Zusammenstellung der Wahlresultate und die Abgabe der Annahmerklärungen der Gewählten an bestimmte Fraktionen gebunden ist. Verhandlungen über die neue Regierungsbildung werden bereits in dieser Woche erwartet. Zuerst werden die Kabinettsmitglieder mit den Führern der Koalitionsparteien Fühlung nehmen, da die Reichsregierung vor allem an der bisherigen Koalition festhalten möchte. Von verschiedenen Seiten wird Stimmen gemacht zur Bildung eines Regierungsblocches der bürgerlichen Parteien, die anschließend, soweit bis jetzt übersehbar, die Mehrheit im neuen Reichstage erhalten werden.

Durch die Zeitungen gehen noch allerlei Meldungen über die Regierungsbildung, auf die wir aber zur Zeit nicht näher eingehen wollen, da erst die nächsten Tage darüber Klarheit schaffen werden.

Deutsches Reich.

Dresden. (Mandateneinlieferung.) Der deutsch-nationale Volkskammer-Abgeordnete Ernst Leipzig, Geschäftsführer des deutsch-nationalen Handlungsgesellschaftsverbandes, hat wegen beruflicher Überlastung und infolge Verlegung d. Wohnsitzes sein Mandat in Volkskammer niedergelegt. An seine Stelle ist Justizrat Dr. Adler-Döbeln in die Volkskammer eingetreten.

— Volkskammer-Bericht. Die erste Sitzung nach dem Rücktritt war mit von kurzer Dauer. Sie beinhaltete sic mit der Regierungsvorlage über den Entwurf eines Verionen- und Beleidigungsplanes für die Landesbranddirektionen-Sanität, der nach kurzer Aussprache an den Haushaltsschluß B überreicht wurde. — Nächste Sitzung: Mittwoch, den 9. Juni, vormit 1920 11 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen, Aenderung des Rechtsvertrages, Aenderung der Rechtsanwälte und Ratsore.

— (Rechtsrat im Volkskammer.) Die Volkskammer wird, wie Präsident Krämer in der Dienstansicht mitteilte, um Sonntag mit der Beratung des Haushaltsschluß und der Aussprache über die politische Lage beginnen. Warte Juli sollen die Sommerferien anfangen, daß soll bis dahin ein Tag, Verhafung und Wahlrecht verabschiedet werden, wozu statt drei Sitzungstage in der Woche vier oder gar fünf abgehalten werden sollen.

— (Volkskammer-Mitteilungen.) Der Abg. Jäger (Deutschnat. Par.) hat mit Unterstützung der anderen Abgeordneten seiner Fraktion folgende „kurze Anfragen“ eingereicht: „Am 4. Mai haben in Dresden 1500 Volkschulchöre den Unterricht der ihnen anvertrauten Kinder ausgesetzt, um während der Dienststunden eine Versammlung als Protest gegen die Beschlüsse der Volkskammer zu halten. Dieses Vergehen hat in den Kreisen der Eltern tieftes Bedauern, ja berechtigten Unwillen hervorgerufen, da es die Autorität und den erziehlichen Einfluß der Lehrer auf die Kinder zu erschüttern geignet ist und eine grobe Verleugnung der Dienstpflicht darstellt. Was hat die Regierung getan, diese Auflösung im Auge zu führen und welche Maßnahmen hat sie ergreifen, solche Verkommnis in Zukunft unmöglich zu machen?“